

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Hans-Ulrich Klose MdB setzt sich dafür ein, daß die SPD ihre von Anpassungsdruck und Opportunismen unbeschädigte Glaubwürdigkeit zurückgewinnt: Ein langer und beschwerlicher Weg. Seite 1

Fritz Sänger zum Abschluß des Evangelischen Kirchentages: In Hannover haben junge Menschen ungeachtet aller Verdächtigungen Hoffnungen bestätigt. Seite 3

Hans Urbanik MdB weist nach, wie die CDU zuläßt, daß ihre eigene Geschichte ins Zwielicht gerät: Falbinger - ein Mann des Widerstandes? Seite 5

Machin Poß MdB schildert, wie der Kanzler von den Mängeln seiner Partei eingeholt wird: Kohls Pleite-ware? Seite 6

36. Jahrgang / 110

13. Juni 1983

Ein langer und beschwerlicher Weg

Die SPD muß ihre von Anpassungsdruck und Opportunismen unbeschädigte Glaubwürdigkeit zurückgewinnen

Von Hans-Ulrich Klose MdB

Wir Sozialdemokraten haben gegenwärtig Schwierigkeiten. Vor allem mit uns selbst. Wir sind durch Wählervotum in die Opposition verwiesen, tun uns aber sichtlich schwer, die neue Rolle anzunehmen und auszufüllen.

Verwunderlich ist das nicht. Immerhin haben Sozialdemokraten über ein Jahrzehnt in Bonn regiert; nie allein mit absoluter Mehrheit, aber doch immer als führende Regierungspartei. Als solche hatte sie unmittelbaren Zugang zu den "Schaltstellen der Macht", zu den Behörden und Ämtern, und konnte über ihre Minister und Staatssekretäre konkret Einfluß nehmen auf die politische Handlungsebene.

Daß sie dabei an Grenzen stieß - wirkliche, eingebaute, von anderen aufgebaute oder selbstverschuldete - hat die Partei oft geärgert und am Ende bis hin zur Feindseligkeit (vor allem gegenüber der FDP) verbittert.

Dennoch: Die SPD hatte, bei allen "Sachzwängen" - das Wort ist während der Regierungszeit Helmut Schmidt in unseren Sprachgebrauch eingegangen -, teil an der Macht. Sie war "gestaltender Faktor".

Das ist sie derzeit in Bonn nicht. Und es ist für Sozialdemokraten allemal besser, sich das sehr bewußt zu machen. Die Mehrheit ist heute bei den anderen, bei der neuen Koalition aus Union und Liberalen, die jetzt in Bonn regiert. Und die, vermute ich, länger als nur eine Legislaturperiode dort regieren wird.

Für meine Partei, die SPD bedeutet das:

- Sie muß sich erstens von der irrationalen Vorstellung lösen, immer noch "irgendwie" Regierungspartei zu sein.
- Sie muß zweitens erkennen, daß sie nicht durch politische Wendemanöver und Tricks der anderen in die Opposition gedrängt worden ist, sondern durch die Entscheidung der Wähler.
- Und sie muß drittens aufhören, auf eine schnelle Korrektur der Mehrheitsverhältnisse zu hoffen. Solche Hoffnung macht nicht stark, sondern schwächt, weil sie die SPD von der dringend notwendigen programmatischen Besinnung - Rückbesinnung und Erneuerung - abhält.

Diese programmatische Arbeit ist schwierig genug, und sie wird nicht ohne innere Belastungen zu leisten sein. Wenn um die Sache gerungen wird, muß auch hart zur Sache geredet und gestritten werden. Bei diesem Streit zählt nicht der kurzfristige taktische Vorteil, sondern einzig und allein das leidenschaftliche und bisweilen schmerzhaft Bemühen um bessere Einsichten und Problemlösungen.

Es wird Zeit, daß wir mit dieser Arbeit beginnen. Ohne Hektik und unbeeindruckt der uns entgegenschwappenden Häme, ohne Rechthaberei (nach innen und außen), aber auch ohne allzu schnelle Positionswechsel (nach der Devise: Was schert mich mein Geschwätz von gestern..).

Ernsthaftigkeit im politischen Ansatz, Mut zur Sache, ein Mindestmaß an Geschlossenheit bei gleichzeitiger Offenheit für neue Fragen und Erkenntnisse - das ist der Weg.

Gewiß: Ein langer und beschwerlicher Weg. Aber nur so kann die SPD oppositionsfähig und mittel- und längerfristig auch wieder regierungsfähig werden. Denn nur so gewinnt sie jene von Anpassungsdruck und Opportunismen unbeschädigte Glaubwürdigkeit zurück, ohne die Mehrheiten nicht zu überzeugen sind. Mit taktisch noch so fein gestrickten Rezepten ist da nichts zu machen.

(-/13.6.1983/ks/ca)

+ + +



Ungeachtet aller Verdächtigungen  
-----

In Hannover haben junge Menschen Hoffnungen bestätigt

Von Fritz Sänger

Vom Bundesminister des Innern, Herrn Dr. jur. Friedrich Zimmermann, wurde zum Kirchentag in Hannover eine besondere "Begrüßung" geboten: Im Pressedienst seines Hauses "Innere Sicherheit" ließ er vor den Bestrebungen der Deutschen Kommunistischen Partei- "und ihrer Vorfeldorganisationen"! - warnen. Diese versuchten Einfluß auf den Kirchentag zu nehmen, natürlich linksextremistisch orientiert. Damit waren die Bemühungen gemeint, "friedenspolitische Vorstellungen" als Ansatzpunkt für parteipolitische Ziele zu benutzen.

Wer diese "Vorfeldorganisationen" sind, die Herr Dr. Zimmermann in selbstherrlicher Definition kirchlicher Bestrebungen meint, braucht nicht gefragt zu werden. Etwa der "Aktion Sühnezeichen", die in praktischer Aufbauarbeit Friedensdienste auch in Ländern des Ostblocks leistet, sind längst entsprechende Kennzeichnungen zugewiesen worden. Wer für den Frieden tätig ist, gerät in Gefahr, er wird bereits als Helfer parteipolitisch extremer Ziele und Unternehmungen verdächtigt.

Das ist genau die gleiche Haltung und Gesinnung, in der einst in den Jahren der Weimarer Republik der deutsche Nobelpreisetrager für den Frieden, Carl von Ossietzky, zum "Kommunisten" gestempelt wurde, der er niemals war und der unter der Herrschaft des radikalen Nationalismus in Deutschland bis zum Tode gequält wurde. Er war ein liberaler Humanist und Pazifist. Die Menschen, die heute in gleichem Geiste um den Frieden in der Welt bemüht sind, würden jenem Manne gefolgt sein, der sein Vaterland nicht verriet, wie ihm nachgesagt wurde, der ihm vielmehr in der Welt Achtung und Glaubwürdigkeit bewahren helfen wollte.

Wer für den Frieden arbeitet, hilft auch dem neuen, dem demokratischen Deutschland, das die Last der Verbrechen noch lange zu tragen haben wird, die in seinem Namen von den sogenannten Nationalsozialisten in der Welt verübt wurden. Wer für den Frieden arbeitet, wird Wohlstand, Recht und Freiheit vermehren und sichern. "Vom Friedenswillen hängt Deutschlands künftige Stellung in der Welt ab" - so Carl von Ossietzky als Wilhelm II., Deutscher Kaiser, in die ihm zur Kenntnis vorgelegten Akten der Haager Friedenskonferenzen (1899 und 1907) schrieb: "Ich schiee auf die ganzen Beschlüsse und verlasse mich lieber auf mein scharfes Schwert." Wenn damals die Atombombe...!

In der weiten Zeitspanne zwischen jenen Jahren und der Gegenwart verlief eine fast ununterbrochene Entwicklung, für deren Verlauf eine Fülle von Belegen zu erbringen möglich ist. Als der Kaiser (1918) das Land verließ, das unter seinem Regime an den Rand des Chaos gebracht worden war, wirkten dann in der jungen Demokratie die Kräfte weiter, die ihn und sein System ermöglicht hatten. Sie blieben mächtiger als die Demokraten waren. 1931 bildeten sie in Bad Harburg die Front der Zerstörer des Deutschen Reiches, die nicht den Frieden, sondern die Macht und ihre Herrschaft wollten und erreichten. Sie waren "Untertanen der Obrigkeit". Auch die Kirche nahm die lutherische Übersetzung (des Römerbriefes) allzu weltlich, die in der englischen Bibel mit "higher powers" (höheren, ewigen Gesetzen) den Menschen verständlicher wird. Der Friede ist ein ewiges Gesetz.

Die deutsche Jugend hatte lange vorher gegen Untertanengeist und obrigkeitliche Willkür aufbegehrt. Friedrich Hebbel hatte in der Mitte des 19. Jahrhunderts gemahnt - von den politischen Appellen und Demonstrationen abgesehen - der Jugend werde oft der Vorwurf gemacht, sie glaube immer, daß die Welt mit ihr anfange, und er fügte hinzu: "Wahr! Aber das Alter glaubt noch öfter, daß die Welt mit ihm aufhöre! Was ist schlimmer?"



Auf dem Hohen Meissner gab ein Teil der Bürgerjugend (1913) eine deutliche Antwort: "Wir wollen unser Leben nach eigener Bestimmung, unter eigener Verantwortung und mit innerer Wahrhaftigkeit gestalten."

Jüngst nun, da diese Gedanken und Hoffnungen über alle Grenzen hin zu fruchtbaren Initiativen führten, sagte eine junge Frau, aufgewachsen zwischen den Nationen der Deutschen und der Italiener, zwischen Schweiz und Österreich, über den Äther wie beiläufig in unsere Zeit hinein: "Je mehr Bürger mit Zivilcourage ein Land hat, umso weniger Helden wird es einmal brauchen." Franca Magnani, Korrespondentin des Westdeutschen Rundfunks in Italien, zog (1980) mit diesem Satz eine reale Bilanz jener einst fast revolutionär zumutenden Meditationen und Spekulationen. Der freie Mensch hat sich in unserer Zeit in der praktischen Arbeit des Alltags zu bewähren. Pathos, Täuschung, Verleumdung, Heldentum sind unbrauchbar geworden und verführen. Die Stärke der Demokratie wird bezeugt, wenn die Bürger in demokratischer Verfassung leben und wirken, wenn sie "mit dem Geist fühlen und mit dem Herzen denken" (Fontane).

Der Kirchentag in Hannover hat in einer großen, vielleicht zu großen Zahl von Veranstaltungen unterschiedlicher Art und Themenstellung dennoch in gleicher Geisteshaltung dazu aufgerufen, durch unmittelbare Teilnahme an den gesellschaftlichen und politischen Vorgängen mitzuwirken, sich zu engagieren, Stellung zu nehmen und beharrlich die oft zu weite Ferne religiöser, christlicher Worte in das Geschehen des Tages hineinzunehmen, die Worte zu leben, die gelehrt werden.

Eine jener "Vorfeldorganisationen" der Kirche, die der Verdächtigung und Verleumdung ausgesetzt sind, die "Aktion Sühnezeichen" leistet seit vielen Jahren über die Grenzen vieler Länder hinweg ohne Rücksicht auf gesellschaftspolitische oder parteiliche Systeme durch praktische Arbeit Friedensdienste, indem sie aufbaut, was der Krieg zerstört hat, wo immer er einst tobte. Die "Aktion Sühnezeichen" wird in der Welt respektvoll beachtet und gilt als ein Vorbild des beharrlichen Willens zum Miteinander.

In Hannover haben junge Menschen in einer Veranstaltung der "Aktion" die Hoffnung bestätigt, daß eine neue Generation denen folgt, die ungeachtet aller Verdächtigungen, Verfolgungen und Diffamierungen über die Wünsche und Pläne früherer Gleichgesinnter hinaus den Weg zu erfolgreicher Zusammenarbeit und Gemeinsamkeit mit anderen Völkern und Rassen gefunden haben. Eine neue Generation geht ihn weiter. Aus dem Willen wurden Handlungen und es entstehen greifbare Zeugen menschlicher Solidarität. Im Atomzeitalter ist Krieg nicht mehr ein taugliches Mittel, Konflikte auszutragen, falls er es je gewesen sein sollte. "Der Frieden unter Menschen ist kein Endzustand. Er ist der Weg zu einem Zusammenleben der Völker in Freiheit und Gerechtigkeit", heißt es in der 12. These des Heidelberger Memorandums der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft.  
(-/13.6.1983/vo-he/ca)

+ + +



### Filbinger - ein Mann des Widerstandes?

-----

Die CDU läßt zu, daß ihre eigene Geschichte ins Zwielficht gerät

Von Hans Urbaniak MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik hat sich vor wenigen Tagen in Würzburg ein Skandal abgespielt, der mehr über das Bewußtsein von der Wende in den Köpfen so mancher Konservativer aussagt, als eine Fülle von Erklärungen, Reden und Interviews. Der frühere baden-württembergische Ministerpräsident Dr. Hans. Filbinger hat in Würzburg vor Hunderten von Geladenen ausgerechnet über christlichen Widerstand referiert. In Gesprächen mit Journalisten hat Filbinger nebenbei Proteste gegen seine Ausführungen mit Geschichts-Defiziten zu erklären versucht, er hat sich selber den Stempel des Widerständlers aufgedrückt, in dem er meinte, er habe eine Reihe von Menschen das Leben gerettet - und was gegen ihn vorgebracht worden sei und heute noch gegen ihn umlaufe, das sei eine Rufmordkampagne. Filbinger hat, um dies wieder ins Gedächtnis zurückzurufen, noch ganz kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges hartnäckig ein Todesurteil gegen einen 22 Jahre alten Matrosen in einem Kriegsgerichtsverfahren verfochten und überdies die Vollstreckung dieses entsetzlichen Urteils selber überwacht. Heute fühlt sich Filbinger nach eigenem Bekunden aber weder rechtlich noch moralisch schuldig.

Ich empfinde das Auftreten des früheren Ministerpräsidenten und früheren Spitzenpolitikers der CDU bei dieser Veranstaltung über den Widerstand gegen die Nazis und ihr Unrechts-Regime als Verhöhnung der Opfer; aller Opfer, ob sie nun in den Gaskammern umkamen oder auf den Kriegsfeldern. Es sind doch die Filbinger gewesen, die stillen, "tüchtigen" Apparatschicks der Nazis, die dafür sorgten, daß die ganze Maschinerie lief - lief bis zum Kriegsende, wie der Fall des 22jährigen Matrosen zeigt. Ich werfe folglich der CDU vor, ihr Bekenntnis gegen den Nazismus selber ins Zwielficht zu rücken, solange sie es nicht fertig bringt, frühere, auf eine fürchterliche Weise kompromittierte Politiker auf ihrem Altenteil fest- und von Feierstunden zu Ehren des Widerstandes fernzuhalten.

Mit großem Respekt und Hochachtung bin ich während meiner gewerkschaftlichen Tätigkeit und meiner politischen Arbeit jenen Vertretern der Union begegnet, die wie Sozialdemokraten Widerstand gegen die Nazis geleistet haben. Umso widerlicher ist für mich, daß sich heute ein ehemaliger Marinerichter mit Blut an den Händen unter den Widerstand zu mischen versucht. Wenn ich heute von der Union fordere, sich von derartigen Aktivitäten des Dr. Filbinger klar abzugrenzen, dann hat dies nichts mit mangelnder Liberalität zu tun. Der Gedanke, daß der Widerstand gegen die Nazis - eine der Wurzeln unserer Demokratie - durch Filbinger mit Füßen getreten wird, verlangt eine Klärung durch seine Partei.

(-/13.6.1983/ks/oa)

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



**Kohls Pleitewelle?**  
-----

Der Kanzler wird von den Lügen seiner Partei eingeholt

von Joachim Poß MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

Nicht sonderlich stark beachtet wurde dieser Tage die Meldung der Kreditschutzorganisation "Creditreform", wonach die Zahl der Firmenpleiten am Jahresende 1983 möglicherweise die Rekordmarke von 1982 übersteigen wird.

Eine solche Meldung paßt ja auch nicht so recht ins Bild der Wende, sollten doch mit dem Regierungswechsel Pleiten ihre wesentliche Ursache verlieren.

In diesem Zusammenhang wurde als Hauptursache der Insolvenzen von Wirtschaftsverbänden und rechter Politik stets und gerne die durch "sozialistische Politik" reduzierte Eigenkapitalquote ins Feld geführt. Aber auch diese Legende hält nun nach einer Untersuchung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) der Konfrontation mit der Wirklichkeit nicht stand.

Die KfW kommt nach der Analyse von 6.700 Firmenbilanzen des Jahres 1980 unter anderem zu dem Ergebnis, daß es keine einheitliche Abwärtsbewegung der Eigenmittelquote gäbe und kein erkennbarer Zusammenhang zwischen der Eigenkapitalquote und dem Investitionsverhalten der Unternehmen bestünde. Vor diesem Hintergrund werden auch die steuerpolitischen Beschlüsse der Rechtskoalition zum Haushalt 1984 immer fragwürdiger.

Immer dann nämlich, wenn der ideologische Schlagbaum, der sich zum Beispiel in Sachverständigengutachten und Bundesbankberichten findet, durch konkrete Untersuchungen ersetzt wird, sind die Ergebnisse verblüffend.

Das war schon so bei den Nachforschungen der Bürgerschaftsbank Baden-Württemberg vom Sommer letzten Jahres, die anhand konkreter Fälle die Ursachen von Insolvenzen untersucht hat. Nach Auffassung der Bürgerschaftsbank liegen 45 Prozent aller Pleiten im persönlichen Bereich der Unternehmer, insbesondere in ihren unzureichenden kaufmännischen Kenntnissen, fehlender Einsatzbereitschaft, überhöhten Privatentnahmen sowie gesundheitlichen und familiären Schwierigkeiten. Weitere 40 Prozent aller Pleiten sind auf unternehmerische Fehlleistungen zurückzuführen. Das sind nach dieser Untersuchung vor allem die Ausweitung der ursprünglich vorgesehenen Vorhaben (Kostenüberschreitung) und die Planung und Durchführung überdimensionierter Vorhaben, Finanzierung solcher Vorhaben mit kurzfristigen Kreditmitteln ohne Einsatz von Eigenkapital (also ganz einfach Spekulation ohne Eigenmittel) und der falschen Einschätzung von Absatzmöglichkeiten. Die restlichen 15 Prozent seien strukturbedingte Gründe.

Der Geschäftsführer der Deutschen Wagnisfinanzierungsgesellschaft stellt in einem anderen Zusammenhang fest: "Es gibt keinen Mangel an Risikokapital; es gibt nur einen Mangel an zukunftsweisender Technologie, Marktkonzeption und unternehmerischer Fähigkeit."

Ernst Behrens von der Süddeutschen Zeitung konstituierte am 28. Dezember 1982 Pleiten wegen fehlenden Weitblicks und mangelnden Wagemuts.

Die von mir gewählte Darstellung des Problems ist zweifelsohne überspitzt und nicht umfassend. Auch mache ich Herrn Kohl für die Firmenpleiten nicht verantwortlich. Es muß jedoch gestattet sein, den verleumderischen Behauptungen in den CDU-Anzeigen ("13 Jahre SPD-Regierung haben circa 100.000 Betriebe in den Zusammenbruch getrieben") mit Fakten entgegenzutreten, die der Realität wesentlich näher kommen. (13.6.1983/vo-he/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

